

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gez. Girok. Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgelohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schiffzeitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Kellamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Kleinverträge 10 Pf.

Nr. 154

Dresden, Montag den 6. Juli 1925

36. Jahrg.

Der Weg zur Einheit

Die Organisationen unseres Bezirks haben nunmehr zum Reichsparteitag Stellung genommen. Charakteristisch für alle diese Versammlungen war, daß die Debatten sich dabei weniger um die Tagesordnung des Parteitag als um den Sachkonflikt drehten, dessen Behandlung vom Parteitag gefordert werden mußte. Durch die von uns am Sonntag abgedruckte Entscheidung des Berliner Parteivorstands ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, den sächsischen Streit vor Beginn des Parteitags zu erledigen.

Schon darum wird die übergroße Mehrheit der Parteigenossen in Sachsen wie im Reiche den Parteivorstandsbeschluss mit Befriedigung und Freude begrüßt haben, und es wäre überflüssig, über die Auffassung, die der Parteivorstand im ersten Teil seiner Erklärung zur Entstehung des Konflikts kundgibt, zu rechten, wenn der Konflikt mit dieser Erklärung bereits abgeschlossen wäre oder auf diesen historischen Teil bei kommenden Debatten nicht zurückgegriffen würde. Nur deshalb sei unterstrichen, daß in Sachsen die Mehrzahl der Parteigenossen über den Nutzen und die Methoden, mit denen der Parteivorstand in Sachsen eingriff, anders denkt. Es scheint uns heute nicht zweckmäßig, dies ganze Kapitel aufzurollen. Wie und warum in Sachsen das Zusammengehen mit den Kommunisten zustande kam, wies hier die sächsische Sozialdemokratie angesichts der proletarischen Landtagsmehrheit in einer Zwangslage war, ist zu oft erörtert worden, als daß dies heute noch einmal nötig wäre. Es würde auch zur Vereinfachung aller kommenden Aussprachen dienen, wenn dieses nun mehr als zwei Jahre zurückliegende Stück Geschichte den Historikern überlassen würde. Bis zur Parteiverdrängung verbittert wurden die sächsischen Genossen erst durch das, was nach dem Berliner Parteitag folgte, auf den sich der Parteivorstand beruft.

Die dort beschlossene Verständigungsresolution hätte die Grundlage zur Konsolidierung der sächsischen Partei werden können, wenn ihr nicht nachträglich Kandidatenvereinbarungen ausgenützt worden wären, die im Widerspruch zu den Statuten und zu allen guten demokratischen Parteigrundsätzen standen, und wenn der Parteivorstand um die Zeit der Reichstagswahlen den Dreiundzwanzig nicht jene verhängnisvolle Empfehlung gegeben hätte, die die Auflösung des Landtags von der Durchführung dieser Vereinbarungen abhängig machte. Wir wollen der Berliner Parteileitung nicht unterstellen, daß sie das Verhalten billigte, mit dem die Dreiundzwanzig eine für Sachsen mögliche Verständigung damals zum Scheitern verurteilten und die damals einem Landtagswahlkampf günstigen Chancen in den Wind schlugen. Aber wir wollen hoffen, daß nie wieder Vertrauensämter der Partei in dieser Art zu Kompensationsobjekten gemacht werden.

Wenn heute der Parteivorstand einsteht, daß diese Koalitionsregierung unmöglich ist und daß nur die Landtagsauflösung und die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte unserer Mitgliedschaften zur organisatorischen Geschlossenheit, Einheit und Kampffähigkeit der Partei führen können, so stellt er sich damit auf den Standpunkt, den die sächsische Parteimehrheit seit langem vertritt. Und wenn er die Landtagsauflösung angesichts der Fortschreitenden in der sächsischen Sozialdemokratie als das kleinere Übel betrachtet, so akzeptiert er die Gesichtspunkte, die wir der Reichspartei immer wieder vor Augen hielten, seit der Konflikt akut wurde.

Weichen noch die Schiedsgerichtsverfahren, die über die Ausschlußbeschlüsse der Organisationen zu entscheiden haben. Auch hier ist ein rationales, objektives Verfahren nötig. Die Parteivorstände haben gegen die bisherigen, unter dem Vorbehalt des Genossen Deist gefällten Entscheidungen Protest erhoben und sachliche wie formelle Verstöße nachgewiesen. Es fällt uns nicht ein, den Schiedsrichtern ihre Entscheidungen vorzuschreiben zu wollen, aber Voraussetzung einer für die Partei förderlichen Regelung dieses Punktes ist, daß ein unparteiischer Genosse mit dem Vorbehalt beauftragt wird. Diese Unparteilichkeit kann dem Genossen Deist nach seinem bisherigen Verhalten leider nicht nachgerühmt werden. (Siehe die Begründung der Urteile in der Beilage unserer heutigen Nummer.) Auch in diesem Punkte liegt es nunmehr beim Parteivorstand, der Vater des Parteistatuts und der Parteigrundsätze im besten Sinne des Wortes zu sein.

Wir wissen, daß mit der am Sonnabend veröffentlichten Berliner Entscheidung der Konflikt noch nicht aus der Welt geschafft ist, aber der Beschluss legt die Grundlagen dazu. Jede aller beteiligten Teile muß es nunmehr sein, den Bedarf zu verwirklichen und die alte Kampffähigkeit unserer Organisationen wieder herzustellen. Möge alles dazu Nötige mit der würdevollen Sachlichkeit geschehen, damit auch jene kleine Zahl Genossen, die bisher dem Verhalten der Dreiundzwanzig Verständnis entgegenbrachte, künftig ohne Groll für die Partei tätig sein und in den kommenden

Kämpfen ihre Pflicht tun kann. Denn ein kommen-der Landtagswahlkampf wird für die sozialistische Arbeiterschaft hart werden und wir möchten dabei die Kraft eines Genossen missen, der es mit dem Sozialismus ernst meint.

Ein Blick in die bürgerliche Presse, soweit sie sich zu unferm Parteivorstandsbeschluss geäußert hat, belehrt hinreichend über den Stand der Dinge. Verblüffung und Trauer breiten sich in und zwischen den Zeilen ihrer Kommentare. Einen Teil unserer sächsischen Fraktion dauernd gegen den andern auszuspielen zu können, war ja für unsre Gegner auch ein zu bequemes Spiel, und die Ausfälle auf die Spaltung der Partei waren zu schön, als daß sie dieser Zustand nicht mit Freude und Behagen hätte erfüllen müssen. Drum fällt es ihnen schwer, die Hoffnung aufzugeben. „Nächst bleibt jedoch abzuwarten, wie der Beschluss der obersten Parteimittung in den feindlichen Lagern aufgenommen wird“, schreibt das hiesige deutschnationale Blatt.

Wer sieht hier nicht, um was es geht? Möge also der Parteivorstandsbeschluss vor allem die nötige geistige Entspannung innerhalb unserer Mitgliedschaften bewirken und damit der Zeit des Streitens und Sädemns innerhalb unserer Organisationen ein Ende machen.

Sozialdemokratischer Auflösungsantrag

Im Sächsischen Landtag ist von Art und Genossen ein Antrag auf Auflösung eingebracht. Es ist also wahrscheinlich, daß die Frage der Landtagsauflösung am Mittwoch oder Donnerstag entschieden wird.

Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen

P. Paris, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) Zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet hat am Sonnabend eine neue Aussprache stattgefunden, die zum Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt hat. Die deutsche Delegation ist, wie erklärt wird, nach reiflicher Prüfung der neuen französischen Gegenanträge zu der Überzeugung gekommen, daß

Ein mißlungener Vorstoß

Ein Abwägungsversuch im Zollauschuss

Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages unternahm die Zollkommission am Sonnabend einen Vorstoß, der aber an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Vertreter scheiterte. Genosse Söllmann hatte eben gegen die hohen Zölle im Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage gesprochen, als die Regierungsparteien durch den Abg. Horlacher (D.V.P.) einen Antrag einbrachten, der die Debatte beenden und für die Spezialberatung die Redezeit auf fünf Minuten verkürzen wollte. Diese Propositalion wurde auf der linken mit stürmischem Protest beantwortet. Genosse Weisbach führte aus, daß der Antrag Horlacher so recht die Frontlinie der Agrarier zeige, die

Ihre Leute nicht schnell genug in die Schenker

belagen könnten. Die bürgerlichen Parteien möchten sich überlegen, welche Wirkung ihre Handlungsmasse haben müsse. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich demgegenüber ihre Abwehrmaßnahmen vor. Im weiteren Verlauf der Aussprache, in der Genosse Henke nochmals den sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den Abwägungsplänen der Regierungsparteien unterstrich, und der Zentrumskoalition die Kammer zu vermitteln suchte, wurde der Antrag Horlacher zurückgezogen und die Debatte fortgesetzt.

Die eigentliche Sitzung begann mit einem Bericht des Abg. Schneider (D.V.P.) über die Arbeiten des Unterausschusses für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Agrarzölle. Es wurde beschlossen, als Sachverständigen die Professoren Warmbold und Sering und als Betriebswissenschaftler die Professoren Kereboe und Sagawa zu ernennen. Den Vorsitz der Kommission soll Professor August Müller übernehmen, dem Professor Abeltz als Stellvertreter zur Seite steht. Dieser Ausschuss wird ergänzt durch Vertreter der Fraktionen des Reichstages. Von der Sozialdemokratie dürften ihm die Genossen Hilferding und Georg Schmidt angehören.

Der Ausschuss legte dann die Beratungen über das Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage dar, wobei Gen. Söllmann bedauerte, daß im Gegensatz zu dem großen Interesse, das die breiten Massen des Volkes den Verhandlungen entgegenbringen, die Regierung ebenso wie die bürgerlichen Vertreter ziemlich teilnahmslos den Arbeiten des Ausschusses gegenüberstehen. Die deutsche Waulstoffindustrie stehe am allerwertigsten unter dem Druck der Auslandskonkurrenz, könne infolge des Rohstoffmangels sogar eine sehr gute Konjunktur verzeichnen, die sie auch recht ausgiebig ausnütze. Im Wohnungsbau sei der Reichstag seitens der Regierung sowohl bei der Finanzierung wie bei den Parzellen die Meinung, daß ein regelrechter Waulstoffwucher

getrieben werde. Es sei daher nicht einzusehen, warum dieser Industrie noch ein besonderer Zollschutz gewährt werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß sich der Reichs-

rat keine Grundlage für eine Verständigung bilden. Staatssekretär Trendelenburg hat infolgedessen die Erklärung abgegeben, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, angesichts der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zum Abschluss eines Abkommens zu gelangen, das noch vor den Parlamentsferien ratifiziert werden könnte. Die beiden Delegationschefs werden am Montag noch einmal zusammenkommen, um darüber zu beraten, was bei dieser Lage noch geschehen kann. Sie wird dadurch erschwert, daß die französische Regierung beabsichtigt, von der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammentritt im November die Beratung der neuen Zollgesetz-Novelle zu verlangen. Man rechnet damit, daß diese Debatte mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, und es gilt als ausgeschlossen, daß in der Zwischenzeit die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden können.

P. Paris, 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Ein vom französischen Handelsministerium veröffentlichter Bericht bezeichnet als Hauptgrund für den Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Weigerung Deutschlands, Frankreich bei den Zöllen für Wein und eisenlohringische Textilwaren entgegenzukommen.

Französische Niederlage in Marokko

P. Paris, 6. Juli. (Eig. Drahtber.) Ein amtlicher Bericht des Kriegsministeriums, dessen Zweck es ist, die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen, bestätigt den außerordentlich bedrohlichen Charakter, den die militärische Lage in Marokko für Frankreich angenommen hat. Es geht daraus u. a. hervor, daß die Stämme in der Gegend von Taza, deren Abfall schon seit mehreren Tagen befürchtet worden war, nun endgültig zu den Riflcuten übergegangen sind. In dem amtlichen Bericht heißt es darüber, daß der unter dem Druck des Gegners erfolgte Abfall mehrerer bisher treu gebliebener Stämme in der Front der Franzosen eine Pöde verursacht habe, durch die die feindlichen Streitkräfte durchgehoben seien, um die Regimenter der französischen Truppen anzugreifen. Diese seien im Begriff, neue Stellungen zu beziehen, um die feindlichen Angriffe abzuwehren zu können. Die Öffentlichkeit dürfe sich durch die in einem Kolonialkrieg unvermeidlichen Rückschläge nicht beunruhigen lassen. Man dürfe nicht vergessen, daß die genannten militärischen Operationen auf Schwierigkeiten stießen, die sich sehr erheblich von denen der früheren Operationen in diesem Lande und auch von denen eines europäischen Krieges unterscheiden. Der Gegner sei weit besser bewaffnet als vor zehn Jahren und seine Angriffe vertheilen sich über eine sehr ausgedehnte Front, wobei er sehr geschickt das Gelände und die modernen Kampfmittel benutze. — Die Regierung wird heute vermittels zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammentreten, um sich mit der kritischen Lage in Marokko zu befassen. — Nach weiteren Meldungen haben die Franzosen eine Offensive bei Taza aufgenommen.

Schließen und Beachte

So gepart werden soll!

Am Steuerantrag des Reichstags kam es am Freitag zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieffen, die auf jeden Fall mehr als Gegenüberlichkeiten der Meinungen in Finanz- und Steuerfragen zum Ausdruck brachte. Höpfer-Wischoff wandte sich sehr scharf gegen die Vertagung des Zuschlagsrechtes und gegen den Versuch, vom Reich aus die Einkommen- und Körperschaftsteuerbelastung mit der Realsteuerbelastung in Relation zu setzen. Vor allen Dingen kritisierte er den Plan des Reichsfinanzministers, die Länder und Gemeinden zu verpflichten, ihre Steuererträge an den Finanzämtern regelmäßig mitzuteilen.

Erregt wandte sich der Reichsfinanzminister gegen seinen Kollegen in Preußen. Der preussische Stat habe ein Defizit; in dem gleichen Augenblick befähigt aber der preussische Landtag, daß jeder Beamte der unteren Verwaltungsklassen eine Erhöhung seiner Bezüge um hundert Reichsmark erhalten solle. Er machte weiter den Vorwurf, daß Preußen sich u. a. in Schulwesen und in der Justizverwaltung eines wirksamen Abbaus enthalten habe. Dann erinnerte der Reichsfinanzminister an den Gehalt des preussischen Staatsrates, die Hälfte der Körperschaftsteuer für Neubaulastigkeit zu verwenden, der nicht der notwendigen Sparmaßnahme spreche.

Die Ausführungen des deutschnationalen Reichsfinanzministers wird man überall in höchstem Grad befreundlich finden. Sie werden auf jeden Fall monoton Beachten, der bei den letzten Wahlen das alte patriotische Herz entzweit hat, die Augen über die Beamtenfreundlichkeit der gegenwärtigen Minister im Reich öffnen. Sehr lehrreich sind auch Schlieffens Ausführungen über die Verwendung der Körperschaftsteuer.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Volkspartei schlugen natürlich in die gleiche Kerbe. Der Abgeordnete Dr. Gerde (Dt.) wandte sich dann gegen

Stelle
setzt

5.00

6.50

9.00

12.00

27.00

25.00

33.00

S

24.00

28.00

39.00

55.00

5.75

13.50

22.50

r.3